



Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften
Association des sociétés anonymes privées
The Swiss Association of Privately Held Companies

Basel, 15. Februar 2013 PAZ/ak

MEDIENMITTEILUNG

Erbschaftssteuerinitiative: Erneute Schwächung der schweizerischen KMU – Wirtschaft

Die eingereichte Erbschaftssteuerinitiative will eine neue Erbschaftssteuer auf Bundesebene führen. Der verführerische, unausgereifte und Rechtsunsicherheit provozierende Verfassungstext zielt unverständlicherweise mehrheitlich auch auf die Familienunternehmen.

Neu sollen die direkten Nachkommen mit einer Erbschafts- und Schenkungssteuer belastet werden. Und dies alles, nachdem in den letzten Jahren bis auf einige wenige Kantone die Erbschafts- und Schenkungssteuern auf die direkten Nachkommen in Volksabstimmungen mit grossen Mehrheiten abgeschafft worden sind. Die Konsequenzen dieses fiskalischen Raubzugs auf Familienunternehmen zeigen sich logischerweise im Erbfall und bei der Nachfolgeregelung in fataler Konsequenz. Da mehrheitlich bei den Familienunternehmen das Familienvermögen um über 90% in der eigenen Unternehmung investiert ist, ergeben sich bei einer 20 prozentigen Besteuerung des Nachlasses für die Erben höchst widrige Liquiditätsprobleme. Da eine Nachfolgelösung bereits heute durch das erbrechtliche Pflichtteilsrecht mit Schwierigkeiten verbunden ist, kann die zusätzliche Erbschaftssteuer und damit der Kapitalabfluss aus dem Unternehmen existentiell tödliche Konsequenzen haben. Erben wären genötigt, um die entsprechenden Liquiditäten zur Bezahlung der Erbschaftssteuern aufzubringen, beispielsweise Bankkredite aufzunehmen, nur um zu gewährleisten, dass Familienunternehmen im bisherigen Sinne weitergeführt werden kann. Der Liquiditätsabfluss hindert notwendige Wachstumsinvestitionen und in allerletzter Konsequenz könnte dies mit einem Arbeitsplatzabbau verbunden sein. Ganz zu schweigen davon, dass unter dem Szenario dieser Erbschaftssteuer das Risiko des Unternehmensverkaufs erhöht würde, was u.a. bei Rationalisierungsmassnahmen des Käufers Unsicherheiten im Betrieb und Markt auslösen würde. Neue Steuern im heutigen Umfeld sind abzulehnen.

Es ist bedauerlich, dass mit der Jagd auf neue Steuern der Initianten einmal mehr vergessen wird, dass es nur 6 OECD-Länder gibt, die eine Vermögenssteuer und eine Erbschaftssteuer kennen. In der Schweiz sind die kantonalen Vermögenssteuern akzeptiert. Mit einer zusätzlichen eidg. Erbschaftssteuer würde der Wirtschafts- und Arbeitsplatz Schweiz, zu dem wir grosse Sorge tragen müssen, einmal mehr unnötiger-

weise geschwächt.

VEREINIGUNG DER PRIVATEN AKTIENGESELLSCHAFTEN
Vorstand und Geschäftsstelle:

Thomas Staehelin, Präsident, Basel, Frédéric Bonhôte, Riehen, Erika Forster-Vannini, St. Gallen, Nationalrat Markus Hutter, Winterthur, Adriano Imfeld, Sarnen, Marc Jaquet, Basel, Robert Kessler, Zürich, Franco Knie, Rapperswil, Philipp Kuttler-Frey, Grellingen, Dietrich Pestalozzi, Dietikon, Urs Rickenbacher, Langenthal, Nationalrat Jean-François Rime, Bulle, Christophe Sarasin, Basel, Peter Andreas Zahn, Basel.

Rückfragen: Peter Andreas Zahn, Geschäftsführer Tel. +41 61 278 99 55
Mobile +41 79 407 99 50